

Antrag
des
Gesundheits-Ausschusses

über den Antrag gemäß § 34 LGO 2001 des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dinhobl betreffend Verantwortung und Herausforderungen in der Pflege.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern,
- Überlegungen für eine Erweiterung bzw. Schaffung von Ausbildungen und Berufsbildern im Bereich der Pflege zu sammeln, abzuwägen und sodann in einen Diskussionsprozess einzutreten;
 - im Rahmen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe (in Fortsetzung der Arbeiten am Masterplan Pflege) die Weiterentwicklung der 24-Stunden-Betreuung hinsichtlich ihrer Ausgestaltung, Förderung, Qualitätssicherung sowie Finanzierung zu forcieren;
 - intensiv an der Weiterentwicklung und Finanzierung der Pflegevorsorge in Österreich weiterzuarbeiten und mit den Bundesländern auf fachlicher und politischer Ebene einen breiten Konsens über die gemeinsamen Schritte sicherzustellen;
 - den Bundesländern die Kosten der Abschaffung des Vermögensregresses durch den Bund zu refundieren, um gegebenen Falles notwendige zusätzliche Kapazitäten schaffen zu können und
 - eine österreichweite Imagekampagne für Pflegeberufe zu starten, um Interessenten für Pflegeberufe anzusprechen.
2. Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, aufbauend auf den Ergebnissen des Altersalmanachs 2018, den aktuellen

Ausbau- und Investitionsplan der NÖ Pflege- und Betreuungszentren zu evaluieren und anzupassen.

3. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO werden die Anträge Ltg.-780/A-3/314-2019, Ltg.-781/A-3/315-2019, Ltg.-782/A-3/316-2019, Ltg.-783/A-3/317-2019 und Ltg.-784/A-3/318-2019 miterledigt.“

Aigner
Berichterstatterin

Mag. Scheele
Obfrau